

## Human Wirtschaften

Was wir aus der Corona-Krise lernen können – was wir verändern müssen

Vortragsmanuskript von Dr. Wolfgang Kessler

Kein Zweifel, die Einsläge kommen näher. Hochwasser in Deutschland, Hitzerekorde in Nordamerika, Wirbelstürme in Mittelamerika, Eisschmelze an Arktis und Antarktis. Das Wachstumssystem stößt an seine Grenzen und diese zeigen auch uns die Grenzen auf. Das Corona-Krise zeigt seit eineinhalb Jahren, wie ungerecht dieses Land ist – trotz Wohlstand. Und wie ungerecht die Welt ist – trotz hoher Wachstumsraten des globalen Kapitalismus. Fast jeden Tag betonen Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, wie wichtig grundlegende Veränderungen in diesem Land sind. Trotz oder auch wegen Corona.

Doch immer, wenn es konkret wird, fehlt der häufig der Mut zu grundlegenden Veränderungen. Es herrscht Angst auf allen Seiten – auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern. Kaum sprach eine Kandidatin oder ein Kandidat im Wahlkampf über höhere Benzinpreise oder anderweitig steigende Kosten durch den Klimaschutz, da fiel die Konkurrenz bereits über die Person her.

Unternehmerverbände und Gewerkschaften akzeptieren Klimaschutz gerne als neues Ziel für Investitionen. Ein Paar Windräder und ein Paar Solardächer mehr sind kein Problem. Es bedeutet schließlich mehr Wachstum. Doch wann immer es ans Eingemachte geht, wenn Regeln verändert, Steuern erhöht oder ganze Bereiche umgebaut werden, einigen sich die Lobbyverbände von Unternehmen und Landwirte gerne auf den einfachsten gemeinsamen Nenner – und der lautet: Nein.

Da stehen die Gewerkschaften nicht nach. Auch sie stellen ihre jährlichen Lohnsteigerungen nicht in Frage, obwohl diese das Wirtschaftswachstum und den Konsum antreiben – und obwohl es mit kürzeren Arbeitszeiten und humaneren Arbeitsbedingungen alternative Forderungen gebe.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen, dass das alte Wirtschafts- und Konsummodell nicht mehr trägt. Doch auch bei vielen von ihnen wecken Veränderungen große innere Widerstände, sagt die Marktforscherin Sabine Loch. Viele scheinen nach der Losung zu leben: Es muss sich alles ändern – vorausgesetzt für mich bleibt alles gleich. Probleme sehen und doch Veränderungen ablehnen – Woran liegt dies?

Vor allem daran, dass das wirtschaftliche Denken und Handeln noch immer in einem Kreislauf von Preisen, Kosten, Gewinnen, Angebot und Nachfrage gefangen ist.

Dieser Kreislauf dient zwei Zielen:

- Der Kuchen muss größer werden.
- Und er soll immer weniger kosten.

Auch die traditionelle Wirtschaftspolitik orientiert sich an diesen Zielen – egal, ob liberal-konservativ oder eher links.

Seit vielen Jahrzehnten wird in Wahlkämpfen um zwei Wirtschaftsphilosophien gestritten. Da ist der sogenannte angebotsorientierte Ansatz. Er will vor allem die Anbieter stärken, die Unternehmen. Dieser Ansatz fordert Steuersenkungen, damit die Unternehmen mehr investieren können. Sie wollen viele Bereiche privatisieren, um die Kosten möglichst gering zu halten. Hinter diesen Forderungen stehen Unternehmensverbände und konservative und liberale Politiker/innen.

Eher linke Ökonomen setzen auf staatliche Investitionsprogramme, oft durch Schulden finanziert. Und auf Lohnerhöhungen und Sozialleistungen. Diese Forderungen haben den Vorteil, dass sie mehr Gerechtigkeit schaffen. Aber auch sie dienen dem gleichen Ziel: Der Kuchen muss größer werden und billiger, damit sich die Ärmere mehr leisten können.

Global setzen fast alle Politikerinnen und Politiker auf einen freien Welthandel. Ihr Traum: Wenn Waren möglichst zollfrei und ohne Auflagen weltweit gehandelt werden, dann strömen immer mehr billige Güter auf die Märkte. Alle Konsumenten können sich dann mehr leisten.

Immer mehr und immer billiger – das ist das Mantra des wirtschaftlichen Denkens. Dieses Mantra hat in den vergangenen Jahrzehnten viel gebracht: Es sorgte für ein rasantes Wirtschaftswachstum – weltweit. Ein wachsendes Angebot an Billigwaren und Arbeitsplätzen half, den Lebensstandard in den Industriestaaten, aber auch vieler Millionen Menschen in den Schwellenländern erheblich zu steigern. Das ist ein Erfolg. Deshalb hat sich dieses Wohlstandsmodell in den Köpfen eingraviert.

Allerdings beruht dieses Wohlstandsmodell auf der Verbrennung von preiswerten fossilen Energiequellen wie Kohle, Öl und Gas und leicht verfügbaren, preiswerten Ressourcen. Und es beruht darauf, dass immer mehr Wirtschafts- und Lebensbereiche dem Renditedenken des Kapitalismus unterworfen werden. Das senkt die Kosten – und schafft Wachstum.

Doch seit Jahren zeigt sich, dass der Preis für dieses Wohlstandsmodell immer höher wird. Das zeigt auch die Corona-Krise: Wir wissen seit langem, dass die zehn Prozent reichsten Deutschen zwei Drittel des Privatvermögens besitzen.

Doch das Virus führte die Risse vor Augen, die diese Ungleichheit aufreißt:

- zwischen angestellten Gutverdienern im Homeoffice und prekär Beschäftigten in Schlachthöfen und im Paketdienst;
- zwischen Frauen und Männern und ihren unterschiedlichen Rollen – und in ihren unterschiedlichen Einkommen;
- zwischen jenen, die am Stadtrand mit Garten leben und jenen in Hochhäusern;
- zwischen Kindern aus Mittelstands-Familien und jenen aus ärmeren Familien, denen es an Geräten für das digitale Lernen und der notwendigen Unterstützung fehlt;
- Wir wissen seit langem, dass Gesundheit und Pflege zur Ware wurden, doch das Virus machte es uns bewusst. Finanzinvestoren und Großkonzerne besitzen 35 Prozent aller Krankenhäuser und 25 Prozent aller Pflegebetten. Und sie trimmen Krankenhäuser und Pflegeheime auf Rendite

Der globale Wachstumskapitalismus zerstört die Umwelt, zehrt die Ressourcen auf und heizt das Klima auf.

Es war Noch-Entwicklungshilfe-Minister Gerd Müller, der sagte, was diese Pandemie zeigt: »Die Pandemie ist ein Weckruf an die Menschheit, mit Natur und Umwelt anders umzugehen. Der Immer-Weiter-Schneller-Mehr-Kapitalismus muss aufhören.« Daraus ergibt sich vor allem eine Konsequenz: Es muss ein neues wirtschafts- und Wohlstandsmodell entwickelt werden. Eines, das auf erneuerbaren Energiequellen und einer ressourcenarmen Kreislaufwirtschaft beruht. Und eines, das trotzdem gerecht ist, weil die Politik soziale Härten abfedert und Neues fördert, wann immer Altes abgewickelt wird.

Es geht nicht um immer mehr und immer billiger, sondern um immer besser.

Es gibt Beispiele dafür, dass eine solche Veränderungen gelingen kann – ohne soziale Verwerfungen oder sogar mit mehr sozialer Gerechtigkeit:

### *Beispiel Schweiz und Dänemark: Sozial gerechter Klimaschutz durch Preise*

Die Schweiz zeigt, wie man klimaschädliches CO<sub>2</sub> verteuert, aber die Bürgerinnen und Bürger vor sozialen Härten schützt. Bereits 2008 führte die Regierung eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl und Erdgas ein. Seither wurde sie regelmäßig erhöht und beläuft sich inzwischen auf umgerechnet 89 Euro pro Tonne Kohlendioxid. Während in Deutschland schon eine Abgabe von 25 Euro für harte Konflikte sorgt, haben sich die Eidgenossen mit dem hohen CO<sub>2</sub>-Preis angefreundet. Der Grund: Die Einnahmen aus der Abgabe von umgerechnet rund einer Milliarde Euro pro Jahr werden jeweils im folgenden Jahr an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt. Jede Person, Kinder eingeschlossen, erhält den gleichen Betrag. Im Jahre 2020 waren dies umgerechnet 65 Euro pro Person, eine vierköpfige Familie erhielt 260 Euro. Gleichzeitig sank der CO<sub>2</sub>-Ausstoß beim Heizen in der Schweiz in den vergangenen sechs Jahren um rund 24 Prozent. Damit wird Geld umverteilt von Klimaverbrauchern zu Klimaschützern, von wohlhabenden Haushalten, die mehr Energie verbrauchen, zu ärmeren Haushalten. Gerechtigkeit und Klimaschutz – das geht.

Beispiel Dänemark: Seit 2014 gibt es in Dänemark eine Pestizidsteuer. Sie ist umso höher je giftiger das Pestizid. Und sie ist doppelt erfolgreich:

- Seit 2014 ist der Gifteintrag in den Böden um 40 Prozent zurückgegangen.
- Die Einnahmen fließen an die Landwirtschaft zurück.

### *Beispiel Österreich: Ein gerechtes Gesundheitssystem*

Europas glücklichste Patienten leben zwischen Bodensee und Neusiedler See. 88 Prozent aller Österreicher sind mit ihrem Gesundheitssystem zufrieden. Im Durchschnitt der Europäischen Union gilt das gerade mal für 40 Prozent aller Bürger. In Deutschland äußern sich auch drei Viertel aller Patienten positiv über die medizinische Versorgung. Etwa gleich viele halten das Gesundheitssystem aber für zu teuer. Da könnte Deutschland von Österreich lernen. Das österreichische Gesundheitswesen ist konsequenter organisiert als das deutsche. Praktisch alle Österreicher – egal, ob Arbeiter, Angestellte, Beamte oder selbstständig – sind Mitglieder in einer von wenigen gesetzlichen Versicherungen. Privatversicherungen gibt es nur für Zusatzleistungen. Und ein zweiter Unterschied: In Österreich werden die Beiträge vom gesamten zu versteuernden Einkommen erhoben – die Einkommensbasis ist also viel breiter. Da alle Bürger nur wenigen Versicherungen angehören und Besserverdienende nicht in Privatversicherungen ausweichen können, sind die Beiträge für abhängig Beschäftigte nur halb so hoch wie in Deutschland: Sie liegen derzeit bei 7,65 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen. Rentner zahlen 5,10 Prozent von ihrer Rente, Selbständige rund neun Prozent von ihrem zu versteuernden Einkommen. Die Deutschen sind dagegen mit über 15,5 Prozent dabei, dazu kommen für manche noch Zusatzbeiträge. Entsprechend höher sind die Nettolöhne, entsprechend geringer sind die Lohnnebenkosten für die Unternehmen. Und all dies bei mindestens gleich guten medizinischen Leistungen.

### *Beispiel Amsterdam: Kreislaufwirtschaft*

So gut wie alle Rohstoffe und Materialien werden nach dem Herstellungsprozess recycelt und fließen wieder in die neue Produktion ein: Diese Utopie einer Kreislaufwirtschaft ist in aller Munde. Doch Konsequenzen blieben aus. Es sei denn, man blickt nach Amsterdam. Die Stadt beschloss 2020 einen Fahrplan, um in der Metropole eine Kreislaufwirtschaft einzuführen. Dieser Fahrplan wurde seit 2015 gemeinsam von Industrie, Universitäten und Kommunalpolitik entwickelt. Der Plan sieht vor, dass in Amsterdam bis 2030 nur noch halb so viele Rohstoffe verbraucht werden sollen wie heute. Bis 2050 soll eine komplette Kreislaufwirtschaft entstehen. Erste Vorgaben und Vereinbarungen zeigen, dass die Initiative ernst gemeint ist. Gerade wurde der Circular Pavillon, ein Geschäftsbau einer Großbank, fast vollständig aus wiederverwerteten Bau- und Dämmungs-Materialien errichtet.

Gleiches gilt für ein Gerichtsgebäude. In den kommenden Jahren soll ein ganzer Stadtteil mit seinen vielen alten Industriegebäuden nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft umgebaut und modernisiert werden. Für die neue Ausrichtung des Bausektors sprechen außer ökologischen Gründen auch wirtschaftliche Faktoren. So errechneten Wissenschaftler, dass durch konsequente Wiederverwertung jährlich bis zu 900.000 Tonnen Baumaterialien eingespart werden könnten. Deshalb will die Stadtverwaltung von Amsterdam von 2030 an nur noch »zirkuläre« Produkte einkaufen: Alle Waren stammen dann aus recycelten Grundstoffen. Inzwischen fasst der Kreislaufgedanke auch anderen Bereichen von Amsterdam Fuß. Als beispielhaft für das Konzept gilt der sogenannte »Denim-Deal« zwischen der Stadtverwaltung und der in Amsterdam wichtigen Textilindustrie. Benannt ist die Vereinbarung nach dem Stoffgewebe Denim. Darin verpflichten sich 30 Modehersteller, in den kommenden Jahren immer mehr recycelte Materialien in ihren Stoffen zu verarbeiten. Bis 2030 sollen es rund 20 Prozent sein. Bei drei Millionen Jeans pro Jahr ist dies nicht wenig. Die Supermärkte haben sich verpflichtet, noch viel mehr Lebensmittel als bisher aus der Region, ja sogar aus den Gärten Amsterdams, anzubieten. Und deutlich zu machen, was Nachhaltigkeit bringt, weisen ihre Preisschilder seit diesem Jahr auch die Umweltkosten der Waren aus.

### *Neue Jobs schaffen, wenn alte bedroht sind*

Dies gelingt auch heute schon in Deutschland. Nur wird es wenig gesehen. Investitionen in Windkraft und Solardächer haben bis 2019 mehr als 330.000 Arbeitsplätze geschaffen – in Industrie und Handwerk. Das ist das zehnfache der Arbeitsplätze, die in der Kohleindustrie zur Disposition stehen. Dennoch wird immer über Verluste gesprochen. Beispiel Verkehr: Dort starren alle auf die rund 100.000 Arbeitsplätzen in der Autoindustrie und zehntausende Jobs in Fluggesellschaften, die bei E-Mobilität und Verkehrswende gefährdet sind. Andererseits verweist eine aktuelle Studie des Wuppertal-Instituts darauf, dass der Fahrradboom in den vergangenen fünf Jahren rund 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat – mit viel Wertschöpfung in Deutschland. Zudem verzeichnete die Deutsche Bahn vor Corona mehr als 25.000 offene Stellen – und es werden noch viel mehr, wenn die Bahn im Zuge der Verkehrswende wirklich ausgebaut wird und sehr viel mehr Züge eingesetzt werden. In Schweden wurden die Flüge in den Norden des Landes so gut wie eingestellt – weil der Transport von Nachtzügen übernommen wird. Keine Arbeitsplatz-Verluste. Deshalb gilt: Wenn klimaschädliche Aktivitäten schrumpfen, müssen klimaverträgliche Alternativen wachsen. Und sie tun es auch.

Das sind vier Beispiele und Entwicklungen, die zeigen, dass ein neues Wohlstandsmodell entstehen kann,

- das deutlich gerechter ist als das heutige
- das den Wachstums-Kapitalismus in eine Kreislauf-Wirtschaft verwandelt
- und darüber hinaus eine nachhaltige und gerechtere Weltwirtschaft entstehen lässt.

Entstehen wird dies allerdings nur, wenn die Politik dafür mutig neue Rahmenbedingungen schafft – und die Bürgerinnen und Bürger ihr eigenes Wohlstandsmodell auf den Prüfstand stellen. Folgende Veränderungen sind besonders wichtig:

#### 1. Verteilen wir den Reichtum gerechter und stärken wir die Menschen

Beenden wir die Debatte über Steuerreformen: Sogar Unternehmer geben zu: Die Unternehmen schwimmen im Geld – das übrige Vermögen fließen nicht in Investitionen, sondern auf die Finanzmärkte. Stattdessen sollten wir den Polen von Reich und Arm ansetzen: Wann hat die Politik den Mut, Vermögen zu besteuern, die Unternehmen europaweit einer Mindeststeuer zu unterwerfen, hohe Einkommen, hohe Erbschaften, Bodenspekulationen, Kapitalgewinne, Spekulationen und andere leistungslose Einkommen höher zu besteuern – um dieses Geld ins

Gemeinwohl zu investieren: In Kitas und Schulen, in Gesundheit und Pflege, in erneuerbare Energiequellen. Es braucht eine Kindergrundsicherung, eine echte Grundrente und einen höheren Mindestlohn.

## 2. Das Mantra „billig und rentabel“ hat in der Grundversorgung nichts zu suchen

Pflege, Gesundheit und teilweise Wohnungsbau sind soziale Aufgaben – und müssen so organisiert werden, dass das Renditedenken keine Rolle spielt. Im Gesundheits- und Pflegebereich geht es wieder darum, die Häuser und Heime nach einem Finanzierungsmodell laufen zu lassen, das die Patienten in den Mittelpunkt stellt und nicht die Eigentümer. Es braucht gemeinnützige Eigentümer und nicht kapitalistische. Und das gilt auch für die Finanzierung. Schauen wir nach Österreich. Dort sind alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkommen gleichermaßen an der Finanzierung beteiligt – dies ist gerecht und wirtschaftlich.

## 3. Nachhaltige Kreislaufwirtschaft statt Wachstums-Kapitalismus

Noch immer wiegen sich Politik und Wirtschaft in einer schönen Illusion: Man investiere in Erneuerbare Energien, setze auf E-Autos statt Verbrenner – und auf andere Techniken und alles kann so weitergehen wie bisher. Das kann es nicht. Klar, grüne Investitionen sind notwendig, E-Mobilität auch, auch Digitalisierung können helfen. Doch wirklich nachhaltig wird die Wirtschaft erst durch den Übergang vom industriellen Wachstums-Kapitalismus in eine ressourcenarme Kreislaufwirtschaft. Das ist möglich, braucht aber Anreize: Stellen wir uns zwei Veränderungen vor: Die Regierung erhebt Ökoabgaben auf fossile Produkte, auf wichtige endliche Rohstoffe, aber auch auf Plastik. Aber sie zahlt die Einnahmen an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Und denken wir eine zweite Veränderung: Senken wir die Steuern für Reparatur-Dienstleistungen. Wie in Schweden, wo nur noch die halbe Mehrwertsteuer gilt und Reparaturleistungen von der Steuer abgezogen werden können. Dann ändert sich die Wirtschaft: Wiederverwendung und Reparatur kommen billiger als Neukauf. Handwerk ist bezahlbar. Vielfach wird es billiger, ein Gerät zu leihen als immer neue Geräte zu kaufen, um sie nach Gebrauch herumstehen zu lassen. Vor Ort blühen Reparaturbetriebe und Dienstleister, die lokale Wirtschaft wird belebt, die Zahl der Arbeitsplätze wächst. Jetzt wird die Vision einer klimafreundlichen Langfrist-Ökonomie als Alternative zum verschwenderischen Wachstumskapitalismus sichtbar.

## 4. Fair Trade statt Freihandel

Freier Welthandel, das klingt gut. Mehr Konkurrenz, weniger Zölle und Vorschriften sorgen für billigere Produkte. Alle können sich mehr leisten. Deshalb fordern fast alle in der Politik immer neue Freihandelsabkommen. Das Dumme ist nur, dass dadurch immer die Anbieter im Vorteil sind, die die schlechtesten Arbeitsbedingungen bieten, jene Länder, die ihre Regenwälder abbrennen, jene Unternehmen, die geringe Löhne zahlen. Deshalb: Verändern wir die Rahmenbedingungen. Sorgen wir dafür, dass Unternehmen mehr Verantwortung für die Folgen ihrer Lieferketten übernehmen müssen. Und ändern wir die Regeln im Welthandel: Zum Beispiel Baumwolle: Sie wird derzeit zollfrei in die EU billig importiert. Sie sorgt für billige Kleider bei uns. Aber ihr Anbau fordert Hungerlöhne, Vergiftungen wegen Pestiziden und einen ruinösen Wasserverbrauch in armen Ländern. Denken wir die Alternative: Nur fair gehandelte Bio-Baumwolle wird zollfrei gehandelt; Jetzt wird Baumwolle billiger, für die fairere Löhne bezahlt werden, für die nur ein Zehntel Wasser gebraucht wird und die nicht mit Pestiziden behandelt wird. Jetzt belohnt der Welthandel Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

## 5. Anders und Weniger

In unserer Wachstumswirtschaft darf die Organisation des »Weniger« kein Tabu sein: Wir müssen das Weniger und das Mehr neu aufeinander abstimmen: Wir brauchen weniger Pestizide im Boden, weniger Tiere in den Ställen; weniger Ressourcenverbrauch, weniger Autos, weniger Schiffe, weniger Flugzeuge, weniger Plantagenwälder. Dieses Weniger wird jedoch nur gerecht gelingen, wenn in andere Ziele mehr investiert wird: Mehr Landschaftsschutz; Produktivitätsgewinne für Arbeitszeit-

Verkürzungen statt für Lohnerhöhungen; mehr Nachtzüge statt Kurzstreckenflüge: Förderung für Lastenräder statt für Plug-in-Hybride; mehr Raum für Fußgänger und Fahrräder; mehr Naturwälder.

Nie waren Veränderungen wichtiger als derzeit. Das gilt auch für uns. Auch wir sollten uns ändern, um der Politik zu zeigen: Wir sind bereit. Seid Ihr es auch. Aber wie? Wenn wir mutig sind, könnten wir in fünf Schritten versuchen, dem alten Modell von Immer Weiter, Immer mehr, Immer schneller Alternativen entgegenzuleben:

1. Konsumieren wir bewusst und fragen, ob die Waren im Einklang mit der Natur produziert, unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und zu gerechten Löhnen hergestellt wurden.
2. Sorgen wir dafür, dass unsere Ersparnisse für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftsweise arbeiten – es gibt heute viele Möglichkeiten, sein Geld fair und nachhaltig anzulegen.
3. Stärken wir unsere nähere Umgebung: die Beziehungen zu unseren Nachbarn, kaufen wir in den Geschäften, die es noch gibt, sonst gibt es bald keine mehr, kaufen wir vor Ort nicht online, wenn möglich; nutzen wir die Hofläden, unterstützen wir die Kultur in unserer Umgebung.
4. Leben wir gemeinsam statt einsam und teilen. Es gibt viele Möglichkeiten: Vernetzte Nachbarschaften; gemeinsames Wohnen – Wohnen in Mehr-Generationen-Häusern; die gemeinsame Pflege von Ländereien und Gärten, das Teilen von Autos, Nutzen wir Dinge, ohne sie zu besitzen.
5. Engagement kann zu Erschöpfung führen und auch in Fanatismus münden. Deshalb: Genießen wir auch die Sonnenseiten des Lebens genießen und bleiben locker. Setzen wir der Schwere der Probleme eine persönliche Leichtigkeit entgegen, damit wir nicht verbiestern.

Klar, Veränderungen fallen schwer. Aber versuchen wir mit jenem Spirit über unsere Schatten der Angst zu springen, den die junge Poetin Amanda Gorman bei der Vereidigung von Joe Biden so formuliert hat:

»Die neue Morgendämmerung erblüht, wenn wir sie befreien. Denn es gibt immer Licht, wenn wir nur mutig genug sind, es zu sehen  
wenn wir nur mutig genug sind, es zu sein.«

#### **Wolfgang Kessler,**

geboren 1953, ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler (Dr. rer. soc.) und Publizist.

Nach einer kurzen wissenschaftlichen Tätigkeit beim Internationalen Währungsfonds in Washington D.C. Anfang der 1980er-Jahre arbeitet er als Journalist. Er war zunächst freier Journalist. Ab 1991 war er Ressortleiter für Politik und Gesellschaft bei der unabhängigen christlichen Zeitschrift »Publik-Forum«. Von 1999 bis 2019 war er dort Chefredakteur.

Im Jahre 2007 erhielt Kessler den Internationalen Bremer Friedenspreis ausgezeichnet – für sein Wirken für »Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung«. Am 19. Juni 2021 wurde er in Frankfurt am Main mit dem Walter Dirks Preis für »engagierten Journalismus« ausgezeichnet.

Er ist Autor zahlreicher Bücher zu sozialem Fragen. Aktuell:

Im Mai 2019 publizierte er die Streitschrift **»Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern«** im Publik-Forum Verlag, 15 Euro.  
»Ein Buch für alle, die in diesem Land etwas verändern wollen« (Stephan Hebel, Frankfurter Rundschau)

Im Mai 2021 erschien das Buch **»Macht Wirtschaft! Ökonomie verstehen – und verändern«** im Publik-Forum Verlag, 20 Euro. »Das Buch erinnert mich an die Sendung mit der Maus. Sie hat den Anspruch, komplizierte Fragen einfach zu beantworten. Diesen Anspruch löst auch Kesslers Buch ein.« (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung)

Handsignierte Exemplare sind erhältlich bei:

[wolfgang.kessler@posteo.de](mailto:wolfgang.kessler@posteo.de)